Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme

(2023/C 257/05)

Berichterstatlerin: Joke SCHAUVLIEGE (BE/EVP), Vizepräsidentin des flämischen Parlaments

POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

Einleitende Bemerkungen

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR)

1. begrüßt die Absicht der Europäischen Kommission, einen Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme vorzulegen, wie im Arbeitsprogramm der Kommission für 2023 vorgesehen;
2. betont, dass ein nachhaltiges Lebensmittelsystem so für Ernährungssicherheit und Nahrung für alle sorgen muss, dass die wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Grundlagen für Ernährungssicherheit und Ernährung künftiger Generationen nicht gefährdet werden⁽¹⁾. Es sollte zu allen Aspekten der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit beitragen;
3. betont, dass das Lebensmittelsystem alle Aspekte und Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Erzeugung und dem Verbrauch von Lebensmitteln und deren Auswirkungen, einschließlich wirtschaftlicher, gesundheitlicher und ökologischer Folgen⁽²⁾, vom Hof bis auf den Tisch umfasst; dazu gehören Primärproduktion, Verarbeitung, Einzelhandel und Gastronomie und natürlich die Erzeuger und Verbraucher, die bereits die Hauptzielgruppe der derzeit geltenden Rechtsvorschriften sind; dabei wird auch der sozialen und kulturellen Dimension von Lebensmitteln und der Beachtung traditioneller Ernährungsweisen Rechnung getragen;
4. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass horizontale und sektorbezogene Maßnahmen im Zusammenhang mit Lebensmitteln und Lebensmittelsystemen mit den Zielen und Vorgaben des künftigen Rechtsrahmens für nachhaltige Lebensmittelsysteme, der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“, dem Europäischen Klimagesetz, der Biodiversitätsstrategie und den Null-Schadstoff-Zielen im Einklang stehen, und eine angemessene Bewertung und regelmäßige Überwachung vorzusehen;
5. fordert die Europäische Kommission auf, unter Beachtung der in den Verträgen verankerten Grundsätze der Subsidiarität und der loyalen Zusammenarbeit eine angemessene Bewertung der Auswirkungen der künftigen Rechtsvorschriften auf die europäischen Lebensmittel- und Produktionssysteme und der Ergebnisse vorzusehen und hierfür eine regelmäßige Überwachung durchzuführen. Zudem sollte sie sich bei der Anwendung delegierter Rechtsvorschriften und Durchführungsbestimmungen zu entscheidenden Aspekten, die sich auf die europäischen Produktionssysteme auswirken, so weit wie möglich einschränken;
6. fordert in diesem Zusammenhang, in den künftigen Rechtsrahmen eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Europäische Kommission bis 2030 eine Bewertung aller bestehenden horizontalen und sektorbezogenen Maßnahmen im Zusammenhang mit Lebensmitteln und Lebensmittelsystemen durchzuführen hat, damit sichergestellt ist, dass diese mit den Zielen und Vorgaben des künftigen Rechtsrahmens für nachhaltige Lebensmittelsysteme im Einklang stehen und ihnen förderlich sind;
7. betont insbesondere, dass die Regelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) anlässlich ihrer Überarbeitung nach 2027 auch mit diesem neuen Rechtsrahmen in Einklang gebracht werden sollten;
8. hebt hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU zum Übergang zu einer sicheren, nachhaltigen, gerechten, für die gesamte Bevölkerung hochwertigen und ausreichenden sowie einer erschwinglichen und verantwortungsvollen Lebensmittelproduktion mit klimaverträglicher Ressourcennutzung unter Achtung der Nachhaltigkeitsgrundsätze, der Umwelt und des Schutzes der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme und unter Gewährleistung der Ernährungssicherheit bereit sind, wie dies im Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas zum Ausdruck kommt;
9. fordert, die Hauptursachen für die Exposition der Bürger und der Umwelt sowie für die Verschmutzung von Oberflächen- und Grundwasser und von Luft und Boden zu ermitteln;

⁽¹⁾ FAO, 2014.

⁽²⁾ Lebensmittelsysteme — OECD.

10. fordert die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie andere Behörden auf, im Rahmen der Anwendung der Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge und der Leitlinien der Kommission für ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen eigene Zielvorgaben für die Beschaffung gesunder, ausgewogener, saisonaler, lokaler und ökologischer Lebensmittel als Teil einer nachhaltigen Beschaffungsstrategie für die Gemeinschaftsverpflegung festzulegen und dadurch die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu unterstützen;

11. betont, dass der ländliche Raum für das Klima und die Ernährungssicherheit sowie für die Erzeugung gesunder und vielfältiger Lebensmittel eine strategische Rolle spielt, da dort landwirtschaftlich genutzte Böden und deren Fruchtbarkeit erhalten werden. Dies wird begünstigt durch die Koexistenz von Viehzucht und Anbau in den ländlichen Gebieten und Landschaften in der gesamten EU, die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, der Agrar- und Lebensmittelindustrie und den damit verbundenen Sektoren schaffen. Den Regionen und Städten kommt bei der Erhaltung der ländlichen Gebiete und der Umwelt eine wichtige Rolle zu, was im Vorschlag der Kommission berücksichtigt werden sollte;

12. bekräftigt seine Forderung, im Rahmen der Überarbeitung der Abfallrahmenrichtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates⁽³⁾ und auf der Grundlage der Arbeiten der EU-Plattform für Lebensmittelverluste und -verschwendung die Halbierung der Lebensmittelverschwendung bis 2030 als verbindliches Ziel festzulegen; verweist auf die Empfehlungen des Europäischen Bürgerforums zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung⁽⁴⁾;

13. weist darauf hin, dass eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder und anderer Forstgebiete sowie der Agrarforstsysteme zur Lebensmittelerzeugung und zur Beibehaltung des One-Health-Ansatzes beiträgt; betont das steigende Interesse an wild vorkommenden Nahrungsmitteln und ruft dazu auf, in den vorgenannten Gebieten Vieh zu halten, um Waldbränden vorzubeugen, die biologische Vielfalt wiederherzustellen und die Ökosystemleistungen im ländlichen Raum zu erhalten und zu verbessern;

Ein harmonisierter, EU-weiter Ansatz

14. betont, dass dringend ein umfassender Rahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme in der EU geschaffen werden muss, um in allen lebensmittelbezogenen Politikfeldern die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt zu stellen und gleichzeitig für eine bessere Abstimmung der Maßnahmen zu sorgen;

15. fordert einen ganzheitlichen, ausgewogenen Ansatz, der sich auf die Säulen Wirtschaft, Soziales und Umwelt stützt, die auf klaren, wissenschaftlichen und EU-weiten Definitionen von Nachhaltigkeit, Grundsätzen und allgemeinen Zielen beruhen;

16. fordert die zuständigen Stellen der EU sowie der nationalen, lokalen und regionalen Ebene auf, dafür zu sorgen, dass Nachhaltigkeit bei allen lebensmittelbezogenen Maßnahmen berücksichtigt wird. Im Rechtsrahmen sollten die Zuständigkeiten aller Akteure des Lebensmittelsystems klar umrissen werden. Dazu sollte eine Mehrebenenkooperation aufgebaut werden, die die Beteiligung auf EU-, nationaler, regionaler und lokaler Ebene fördert. Eine eventuelle Erweiterung der Zuständigkeiten der lokalen und regionalen Ebene sollte mit Unterstützung und Leitlinien sowie angemessenen finanziellen Mitteln zur Erfüllung der zusätzlichen Verpflichtungen einhergehen;

17. weist darauf hin, dass die Mitgliedstaaten mit Gebieten in äußerster Randlage, die in Artikel 349 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union aufgeführt sind, bei der Festlegung nationaler Reduktionsziele bis 2030 den besonderen Bedürfnissen dieser Gebiete bei der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln aufgrund der besonderen klimatischen Bedingungen und Kulturen in diesen Gebieten Rechnung tragen können. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass für die Gebiete in äußerster Randlage niedrigere Ziele festgelegt werden;

18. betont die Bedeutung technologischer Innovationen, um die ökologische sowie die wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit zu gewährleisten und dabei das derzeitige Produktionsniveau beizubehalten;

Governance

19. ist davon überzeugt, dass Städte und Regionen entscheidende Akteure in diesem Bereich sind, die eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Herausforderungen der Lebensmittelsysteme spielen, und dass ihre Rolle gemäß dem Subsidiaritätsprinzip berücksichtigt werden sollte; Lebensmittel sind ein Teilbereich des Gesundheits- und des Schulwesens sowie innerhalb der eigenen Verwaltungsorganisationen. Zudem kommt den Regionen und Städten eine wichtige Aufgabe bei der Förderung einer guten und gerechten Gesundheitsversorgung und guter Lebensgewohnheiten verschiedener Bevölkerungsgruppen zu. Lebensmittel als Wirtschaftsaktivität sind deshalb eindeutig mit der regionalen Entwicklung und der Raumplanung verbunden, für die häufig die Regionen und Städte zuständig sind;

(3) Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien (ABl. L 312 vom 22.11.2008, S. 3).

(4) flw_eu-actions_fwrt_20230210_recom-cit_0.pdf (europa.eu).

20. betont, wie wichtig soziale Innovation ist, um gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht werden und die Nachhaltigkeit der Systeme für die Erzeugung und den Verbrauch von Lebensmitteln fördern zu können;
21. hebt die Wichtigkeit kürzerer Wertschöpfungsketten hervor, die mehr Nähe zwischen Landwirten und Verbrauchern ermöglichen und durch Direktverkäufe dazu beitragen, dass Lebensmittel für Verbraucher erschwinglich sind und die Erzeuger angemessene Preise erhalten, die ihnen ein menschenwürdiges Leben und ein Auskommen gestatten;
22. bekräftigt deshalb seine Forderung, eine Multi-Stakeholder-Plattform für nachhaltige Lebensmittelsysteme einzurichten, in die der Europäische Ausschuss der Regionen zusammen mit anderen einschlägigen Interessenträgern und der Zivilgesellschaft eingebunden wird, um so ein unterstützendes Netzwerk zu schaffen, das den Übergang zu nachhaltigeren Lebensmittelsystemen für europäische Regionen und Städte unter Berücksichtigung der regionalen Unterschiede sowie der Spezialisierungen und Traditionen der einzelnen Gebiete erleichtert;
23. weist auf die Rolle hin, die die verschiedenen Akteure der Lebensmittelsysteme als potenzielle Träger des Wandels spielen, angefangen von Primärerzeugern, Landwirten und Fischern über verschiedene Erzeuger und Unternehmen, Lebensmittelhersteller, Händler und Einzelhändler bis hin zu Gastgewerbe- und Lebensmitteldienstleistungsunternehmen, Gesundheitsakteuren und Verbrauchern;
24. fordert die Europäische Kommission auf, ein Verfahren zu schaffen, wonach der Verursacher für die Schäden aufkommt und die Bereitstellung von Ökosystemleistungen honoriert wird („polluter pays, provider gets“), damit die Landwirte und sonstigen Lebensmittelerzeuger belohnt werden, die über die gesetzlichen Mindestanforderungen der EU hinausgehen und der Gesellschaft in der EU einen zusätzlichen Umweltnutzen bringen, und so Anreize zu schaffen, damit auch andere nachhaltiger produzieren;

Gesunde und nachhaltige Ernährung

25. betont, dass der Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme das Konzept des „Lebensmittelumfelds“ einschließen sollte, um den Zugang zu einer gesunden und nachhaltigen Ernährung zu erleichtern, da ein ungesundes und nicht nachhaltiges Lebensmittelumfeld der Hauptgrund für ungeeignete Ernährungsgewohnheiten ist;
26. hebt hervor, dass Städte und Regionen bei der Gestaltung des jeweiligen Lebensmittelumfelds, das eine erschwingliche und einfach zugängliche, nachhaltige und gesunde Ernährung fördert, eine Rolle spielen, und nachhaltige Erzeuger unterstützt werden; betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig die Stadtplanung bei der Förderung des Zugangs zu gesunden Lebensmitteln ist; dies ist besonders wichtig in der Nähe von Schulen und im Fall von „Lebensmittelwüsten“;
27. hebt das Potenzial des EU-Programms für Schulobst, Schulgemüse und Schulmilch bei der Förderung des Übergangs zu vollwertigen und nachhaltigen Lebensmittelsystemen hervor;
28. fordert, das Schulobst-, Schulgemüse- und Schulmilchprogramm der EU zu überarbeiten, um den Verzehr von Erzeugnissen zu erhöhen, die zu einer gesunden, verstärkt pflanzlichen nachhaltigen Ernährung beitragen, und durch Bildungsmaßnahmen in nachhaltigen landwirtschaftlichen Betrieben den Kontakt zur Landwirtschaft wiederherzustellen. Bei der Überarbeitung sollten die Voraussetzungen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften für die Förderung einer gesunden und nachhaltigen Ernährung eingehend untersucht werden;
29. fordert, die nationalen Ernährungsleitlinien regelmäßig zu aktualisieren, um eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu unterstützen und den Übergang zu nachhaltigeren Lebensmittelsystemen zu fördern;
30. fordert, die Werbekampagnen für Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse an die Ziele der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und Europas Plans gegen den Krebs anzupassen;
31. fordert, dass öffentliche Gelder vorrangig für Lebensmittel ausgegeben werden, die einer gesunden, nachhaltigen und verstärkt pflanzlichen Ernährung dienen. Dafür sollten Städte und Regionen als wichtige öffentliche Auftraggeber Unterstützung und Beratung erhalten;
32. fordert eine Preispolitik, mit der die Lebensmittelpreise an die tatsächlichen Kosten angepasst und die relativen Preise nachhaltigerer Lebensmittel wie pflanzlicher Lebensmittel gesenkt werden;
33. fordert EU-Beihilfen, um Kleinbauern bei der Erzeugung ökologischer Lebensmittel zu unterstützen und Landwirte zu belohnen, die nachhaltige Verfahren anwenden und den Tierschutz fördern;

34. fordert steuerliche Anreize und eine geringere Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel;
35. ist besorgt, dass durch den Vorschlag für eine EU-Verordnung über Pflanzen, die durch neue genomische Verfahren (NGT) erzeugt werden, möglicherweise erneut genetisch veränderte Organismen (GVO) in die europäischen Lebensmittel gelangen könnten. Dies sollte auf einer soliden Bewertung und fundierten wissenschaftlichen Erkenntnissen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) beruhen. In jedem Fall sollte jedes Lebensmittel, das GVO enthält, durch ein auf der Vorderseite der Verpackung angebrachtes Etikett als solches gekennzeichnet werden;

Öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln

36. bekräftigt seine Forderung⁽⁵⁾, bestehende Einschränkungen in den Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge aufzuheben, damit die Nachhaltigkeitskriterien zur Anwendung kommen können. Im Wettbewerbsrecht der EU ist die Bevorzugung aufgrund der territorialen Herkunft (z. B. regionaler Lebensmittel) bei öffentlichen Aufträgen untersagt; weist darauf hin, dass öffentliche Stellen, die vor Ort ansässige Lieferanten und Erzeuger einbeziehen und die regionale Lebensmittelwirtschaft unterstützen wollen, derzeit Gefahr laufen, dass gegen sie Klage wegen möglicher Verstöße gegen Binnenmarktvorschriften erhoben wird, wenn sie bestehende Schlupflöcher nutzen. Es ist klarzustellen, dass Städte und Regionen als große öffentliche Auftraggeber Unterstützung und Beratung erhalten müssen;
37. betont, dass die öffentliche Beschaffung nachhaltiger, gesunder, saisonaler und lokaler Lebensmittel ein wirksames Instrument für den Übergang zu nachhaltigeren Lebensmittelsystemen im Einklang mit der Nachhaltigkeitspolitik und den Zielen für nachhaltige Entwicklung ist, und empfiehlt die Anwendung der Kriterien für die umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge (GPP);
38. hebt hervor, dass eine Umstellung auf mehr pflanzliche Lebensmittel als Grundlage für ein nachhaltigeres, klimaneutrales und widerstandsfähigeres Lebensmittelsystem notwendig ist; betont in diesem Zusammenhang den gesundheitlichen und kulturellen Nutzen traditioneller Ernährungsweisen;
39. äußert Bedenken in Bezug auf die Einführung im Labor gezüchteter Lebensmittel auf europäischen Märkten, da die Qualität, das Wohlergehen und der Schutz von Kultur und Traditionen nicht gewährleistet werden können. Im Labor gezüchtete Lebensmittel sind nach wie vor kostspielig, dies ist ein wesentliches Hindernis, das überwunden werden müsste;
40. betont, dass eine CO₂-arme Lebensmittelkette vom Hof auf den Tisch durch die Einführung wissenschaftlicher und technischer Innovationen und die Anwendung der Grundsätze der Kreislaufwirtschaft in der Landwirtschaft zu den Zielen für die Verringerung der Treibhausgasemissionen beiträgt;
41. unterstreicht, dass nationale und internationale Sachverständige für das Beschaffungswesen in die Festlegung von Kriterien einbezogen werden müssen, um die Umsetzung auf lokaler Ebene und öffentliche Käufer wie Staat, Regionen und Kommunen zu unterstützen und eine strategischere Nutzung des öffentlichen Beschaffungswesens zu fördern;
42. fordert, praktische Leitfäden für die für Beschaffung zuständigen Beamten zur Frage auszuarbeiten, wie die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Förderung der Ziele der nachhaltigen Entwicklung und einer gesunden, saisonalen, lokalen und ökologischen Ernährung eingesetzt werden kann; spricht sich dafür aus, Netzwerke für öffentliche Auftraggeber zu schaffen und finanziell zu unterstützen, in denen sie Orientierungshilfen, Fachwissen und bewährte Verfahren austauschen können;
43. bekräftigt, dass die EU und die Mitgliedstaaten eine stärker strategische Nutzung der Beschaffung im Einklang mit den nationalen und lokalen Lebensmittelstrategien und -zielen unterstützen müssen;
44. hebt die Vorteile einer sozialverträglichen Beschaffung von Lebensmitteln hervor, die dazu beiträgt, die Präsenz von Landwirten in ländlichen Gebieten zu stärken und die Sozialwirtschaft und soziale Genossenschaften entlang der gesamten Lieferkette einzubeziehen;
45. schlägt vor, im Einklang mit der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ gestaffelte länderspezifische Ziele für die Beschaffung nachhaltiger Lebensmittel festzulegen;

Kennzeichnung

46. stellt fest, dass die Einführung einer harmonisierten Kennzeichnung nachhaltiger Lebensmittel verhältnismäßig, gesetzlich geregelt und obligatorisch sein und auf der Grundlage solider und unabhängiger wissenschaftlicher Daten entwickelt werden sollte und dass sie bestehende Systeme wie geografische Angaben nicht durch eine willkürliche Klassifizierung von Lebensmitteln beeinträchtigen sollte, die die Verbraucher bei der Lebensmittelauswahl irreführen könnte;

⁽⁵⁾ Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Auf dem Weg zu einer nachhaltigen EU-Lebensmittelpolitik, die Arbeitsplätze und Wachstum in Europas Regionen und Städten schafft (ABl. C 272 vom 17.8.2017, S. 14).

47. betont, dass eine nachhaltige Kennzeichnung auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhen und sämtliche Aspekte, das heißt ökologische, soziale und ernährungsbezogene Aspekte, umfassen muss. Sie sollte in eigenen individuellen Indikatoren zum Ausdruck kommen, damit zwischen den verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit möglichst wenig Kompromisse eingegangen werden müssen; unterstützt eine einfache, EU-weite Kennzeichnung von Lebensmitteln auf der Packungsvorderseite auf der Grundlage solider und unabhängiger wissenschaftlicher Daten. Mit einem derartigen Indikator sollten sowohl leistungsstarke Produkte als auch Produkte mit schwachen Leistungen hervorgehoben werden, damit die Verbraucher beim Kauf von Lebensmitteln eine fundierte Entscheidung treffen können; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Sensibilisierungskampagnen, Erziehungsprogrammen für nachhaltige Ernährung und sonstigen Initiativen in örtlichen Gemeinschaften bereits ab dem frühen Kindesalter;
48. betont, dass die Kennzeichnung mit Maßnahmen zur Vermarktung und Absatzförderung sowie mit der Verringerung von Verpackungen und Verpackungsabfällen verknüpft werden sollte;
49. weist darauf hin, dass den Landwirten wirksame Lösungen für organische oder biologische Methoden an die Hand gegeben werden müssen, um den Einsatz von Pestiziden und Chemikalien zu verringern und so die Widerstandsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe gegenüber externen Schocks zu verbessern, die Gesundheit von Mensch und Natur zu schützen, die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten und letztlich die Ernährungssicherheit zu erhöhen;
50. ist der Ansicht, dass Systeme für die freiwillige Kennzeichnung von Lebensmitteln, die ohne Koordinierung auf europäischer Ebene angenommen werden, zu Verzerrungen und negativen Auswirkungen im Binnenmarkt führen könnten. Dies ginge insbesondere zu Lasten kleiner und mittlerer Erzeuger; erkennt jedoch an, dass diese Erwägungen nicht die Notwendigkeit aufwiegen, bei der Festlegung und Umsetzung sämtlicher Maßnahmen und Tätigkeiten ein hohes Gesundheitsschutzniveau zu gewährleisten;
51. fordert die EU-Politik zur Unterstützung der Verbraucher auf, damit diese fundierte, gesundheitsbewusste und nachhaltige Entscheidungen in Bezug auf Lebensmittel treffen können, und hierfür auch harmonisierte, verhältnismäßige und auf der Grundlage solider und unabhängiger wissenschaftlicher Daten entwickelte europäische Kennzeichnungssysteme anzunehmen;
52. betont, dass die Kennzeichnung von Lebensmitteln auf europäischer Ebene koordiniert und harmonisiert werden muss, ohne dabei den innereuropäischen Handel mengenmäßig oder qualitativ zu beschränken bzw. ohne das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu gefährden, sofern dies nicht mit Verweis auf Erfordernisse wie den Schutz der menschlichen Gesundheit zu rechtfertigen ist;

Ernährungssicherheit

53. fordert die EU auf, für Ernährungssicherheit zu sorgen sowie in eine nachhaltige lokale landwirtschaftliche Erzeugung zu investieren und deren Lieferketten zu verkürzen;
54. betont, dass die Logistik und der Lebensmitteltransport zwischen den Mitgliedstaaten auch in Krisensituationen sichergestellt werden muss;
55. fordert, die Abhängigkeiten zu verringern, indem die wichtigsten Einfuhrquellen durch eine robuste Handelspolitik diversifiziert werden, mit der auch Einfluss auf die Handelspartner der EU genommen wird, um mehr Nachhaltigkeit zu erreichen, indem ihnen für die Einfuhr ihrer Produkte dieselben Hygieneanforderungen auferlegt werden wie den Landwirten in der EU;
56. fordert, dass die Maßnahmen der EU im Bereich der nachhaltigen Lebensmittelerzeugung sowie des nachhaltigen Lebensmittelverbrauchs und -handels umfassend aufeinander abgestimmt werden, um nicht nachhaltige Verfahrensweisen nachhaltig zu gestalten. In diesem Zusammenhang sollte der Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme auch die Kohärenz und Übereinstimmung zwischen den EU-Maßnahmen in den Bereichen nachhaltige Lebensmittelerzeugung, nachhaltiger Konsum und nachhaltiger Handel gewährleisten, damit für eingeführte Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse die gleichen Sozial- und Umweltschutzvorschriften gelten, wie sie auch in der Europäischen Union im Einklang mit den Regeln der Welthandelsorganisation bestehen;
57. betont, dass die Forschungs- und Innovationspolitik im Bereich nachhaltige Lebensmittel ausgebaut werden muss. Europa muss über Rechtsvorschriften verfügen, mit denen der Einsatz neuer innovativer Techniken gefördert wird.

Brüssel, den 25. Mai 2023

*Der Präsident
des Europäischen Ausschusses der Regionen*
Vasco ALVES CORDEIRO